

Antrag

der Abgeordneten Matthias Seestern-Pauly, Katja Suding, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Christian Dürr, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Dr. Gero Clemens Hocker, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Alexander Müller, Frank Müller-Rosentritt, Dr. Martin Neumann, Matthias Nölke, Christian Sauter, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Linda Teuteberg, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Dr. Andrew Ullmann, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Heute für die Zukunft lernen – Pandemiegerechte Öffnungskonzepte für Gesundheitsschutz und Bildungschancen in der Frühkindlichen Bildung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Frühkindliche Bildung ist der erste Teil der Bildungskette. Die wertvolle Arbeit von Fachkräften in Kitas und der Kindertagespflege ermöglicht nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie unterstützt Kinder bei ihrem Start ins Leben und fördert sie in ihrer sozialen, motorischen und sprachlichen Entwicklung. Bereits in der Frühkindlichen Bildung wird so der Grundstein für den Bildungserfolg und den weiteren Lebensweg gelegt.

Die Corona-Pandemie hat wie unter einem Brennglas verdeutlicht, wie wichtig der Zugang zu Bildung für die gesunde Entwicklung und die Lebenschancen der jungen Generation ist. Besonders Kinder mit Unterstützungsbedarf profitieren von den Angeboten der Frühkindlichen Bildung. Eltern und Erzieher können gemeinsam daran arbeiten, dass alle Kinder das bestmögliche Rüstzeug für den späteren Bildungs- und Lebensweg an die Hand bekommen.

Ebenso hat die Corona-Pandemie in diesem Zusammenhang ein Spannungsfeld aufgetan. Insbesondere in Zeiten der Pandemie gilt es, die Bildungs- und Entwicklungschancen unserer Kinder mit dem Gesundheitsschutz der Fachkräfte und Kinder in Kitas und in der Kindertagespflege in Einklang zu bringen.

Dabei ist die Ausgestaltung von Hygienekonzepten für eine pandemiegerechte Öffnung der Einrichtungen der Frühkindlichen Bildung eine Herausforderung: Kinder im Kita-Alter können sich nicht an dieselben Hygieneregeln halten wie ältere Kinder oder gar Erwachsene. Die Interaktion von Erzieherinnen und Erziehern mit den Kindern erfordert Nähe und Mimik. Maßnahmen wie das konsequente oder auch teilweise Tragen von Mund-Nasen-Schutz oder das Einhalten von Abstandsregelungen sind in diesem Zusammenhang nicht darstellbar.

Die Situation wird durch unklare Datenlagen zur Infektiosität von Kleinkindern im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 zusätzlich erschwert. Aus Sicht der Antragsteller ist klar, dass wochen- oder gar monatelange Schließungen von Einrichtungen der Frühkindlichen Bildung vermieden werden müssen. Denn diese Schließungen betreffen Familien, aber vor allem Kinder mit ausgeprägten Unterstützungsbedarfen auf besondere Weise.

Darüber hinaus ist der Handlungsbedarf im Bereich der gesundheitlichen Situation der Fachkräfte evident. In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (Drs.: 19/17412) führt die Bundesregierung lediglich zwei externe Studien zur gesundheitlichen Situation von Erzieherinnen und Erziehern an: den Fehlzeiten-Report 2019 des Wissenschaftlichen Instituts der AOK und die von der Unfallkasse Nordrhein-Westfalen und der Alice Salomon Hochschule in Berlin im Jahr 2010 in Auftrag gegebene STEGE-Studie („Strukturqualität und Erzieher_innengesundheit in Kindertageseinrichtungen“) (vgl. ebd. Antwort zu Frage 9). In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der FDP-Fraktion gibt die Bundesregierung an: „Die Bundesregierung beteiligt sich derzeit an keinen Studien und Forschungsvorhaben zur gesundheitlichen Situation von Fachkräften der Frühkindlichen Bildung“ (vgl. Drs. 19/22867, Antwort zu Frage 14). Vor der Hintergrund der Erkenntnis der Bundesregierung, dass „[...] Erzieherinnen im Vergleich zu gleichaltrigen Frauen mit gleicher Bildung in der deutschen Bevölkerung eine deutlich schlechtere subjektive Gesundheit auf[weisen] und [...] häufiger dauerhaft in ihrem Alltag aufgrund gesundheitlicher Probleme eingeschränkt [waren]“, ist die andauernde Untätigkeit aus Sicht der Antragsteller nicht hinnehmbar (Drs. 19/17412, Antwort zu Frage 9).

Mit Blick auf die Zukunft muss jetzt gehandelt werden. Zunächst bedarf es einer wissenschaftlich fundierten Datenlage zur gesundheitlichen Lage von Fachkräften in der Frühkindlichen Bildung. Hierzu soll die Bundesregierung in einem ersten Schritt eine aktuelle Analyse zur generellen gesundheitlichen Situation von Erzieherinnen und Erziehern vornehmen.

Parallel dazu ist eine Evaluation der Erfahrungswerte und Maßnahmen der derzeitigen Pandemie notwendig.

In einem nächsten Schritt soll ein Expertenrat aus Vertretern der Praxis in der Frühkindlichen Bildung, aus Kinderpsychologen und Pädiatern sowie anderen Betroffenen berufen werden.

Die Analyse zur gesundheitlichen Situation von Fachkräften in der Frühkindlichen Bildung sowie die Evaluation der Erfahrungswerte und Maßnahmen der derzeitigen Pandemie dienen als wissenschaftliche Basis für die weitere Arbeit des Expertenrats.

Der Expertenrat soll beauftragt werden, auf Grundlage dieser wissenschaftlichen Basis Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Frühkindlichen Bildung zu erarbeiten. Dies dient nicht nur der Verbesserung der generellen Gesundheitssituation der Fachkräfte, sondern wirkt sich auch unmittelbar positiv auf die Verweildauer im Beruf und damit die Qualität der Frühkindlichen Bildung aus.

Ebenso soll der Expertenrat parallel dazu einen zukunftsfesten Handlungsrahmen zum pandemiegerechten Betrieb von Einrichtungen der Frühkindlichen Bildung erstellen, welcher das Recht der Kinder auf Bildung und den Gesundheitsschutz der Fachkräfte und Kinder vor Ort gewährleistet. So wird vermieden, dass diese beiden berechtigten

Anliegen nicht zulasten aller gegeneinander ausgespielt werden und sich unsere Familien auch in pandemischen Lagen nationaler Tragweite auf transparente und wirksame Konzepte verlassen können.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. umgehend und unter Einbeziehung der Bundesländer und Kommunen eine Analyse der Gesundheitssituation von Fachkräften in der Frühkindlichen Bildung auf wissenschaftlicher Basis zu initiieren,
 - a. diese Analyse regelmäßig alle zwei Jahre durchzuführen,
 - b. diese Analysen dem Deutschen Bundestag zuzuleiten;
 2. parallel dazu eine Evaluation auf wissenschaftlicher Basis zu Gesundheitsrisiken von Fachkräften und Kindern sowie Hygienekonzepten in der Frühkindlichen Bildung während der derzeitigen pandemischen Lage nationaler Tragweite zu initiieren, und diese Evaluation nach Abschluss dem Deutschen Bundestag zuzuleiten;
 3. einen Expertenrat einzuberufen bestehend aus:
 - a. Praktikern der Frühkindlichen Bildung,
 - b. Kinderpsychologen,
 - c. Pädiatern,
 - d. Elternvertretern,
 - e. Trägern,
 - f. Experten des Arbeitsschutzes,
 - g. Epidemiologen,
 - h. Vertretern der Bundesländer,
 - i. Vertretern der Kommunen;
 4. den Expertenrat damit zu beauftragen, auf Grundlage der in Nummer 1 genannten Analyse Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu erarbeiten, mit dem Ziel, den Gesundheitsschutz der Fachkräfte nachhaltig zu stärken, und auf Grundlage der erarbeiteten Maßnahmen einen Aktionsplan für die Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Fachkräften der Frühkindlichen Bildung zu erstellen;
 5. den Expertenrat damit zu beauftragen, auf Grundlage der in Nummer 2 genannten Evaluation zukunftsfeste Konzepte für verschiedene Pandemieszenarien als Handlungsrahmen für Einrichtungen der Frühkindlichen Bildung zu erarbeiten, der
 - a. sowohl dem Gesundheitsschutz der Fachkräfte und Kinder als auch den Entwicklungs- und Bildungsbedarfen der Kinder gerecht wird als auch
 - b. ein Mindestmaß an Notbetreuung auch in pandemischen Lagen nationaler Tragweite sicherstellt.

Berlin, den 16. Februar 2021

Christian Lindner und Fraktion

